



Im Namen von Frieden, Klimaschutz und Energiesicherheit:

# Atomkrieger und Atommafia in West und Ost am Werk

---

## Atomwaffen

**12.500 Atomwaffen gibt es dzt. weltweit.** Etwa 4.000 sind sofort einsatzfähig, 2.000 davon in ständiger Höchstalarmbereitschaft. 90% aller Atomwaffen entfallen auf USA und Russland, 400 hat China, 164 Indien, 290 Frankreich, 250 Großbritannien. Als NATO-„Schutzschild“ haben die USA in Europa 150 Atombomben stationiert, vor allem in Deutschland (20), aber auch in Belgien, Holland, Italien, und der Türkei. Allein in den beiden Jahren 2022 und 2023 wurden für Atomrüstung jährlich (!) an die 80 Milliarden Euro ausgegeben – Tendenz steigend! (Quellen: ICAN; SIPRI; Kurier, 16.2.2024). Das sind Milliarden, die für die Bekämpfung von Hunger und Armut, für Gesundheit oder Bildung, insgesamt für soziale Sicherheit, verloren gehen, aber bitter nötig sind. Stattdessen reden die (Atom)Krieger von „militärischer Sicherheit“ und überziehen die Erde mit unendlichem Leid, Verletzten, Invalidität, Krankheit, Millionen von Toten sowie Natur- und Umweltzerstörung.

### Noch mehr Atombomben für Europa?

Den Ukrainekrieg und die Drohung von US-Kriegstreiber Trump, der den amtierenden US-Präsidenten-Kriegstreiber Biden ablösen möchte, Europa nicht mehr „schützen“ zu wollen, wenn nicht genug in die USA/NATO-Hochrüstungs-Kasse eingezahlt wird, nehmen Kriegstreiber in der EU zum Anlass eine eigene Atombewaffnung, eine EU-Atombombe zu fordern. Das reicht vom französischen Präsidenten Macron bis zu deutschen SPD- und CDU-Spitzenpolitikern. Interesse daran hat vor allem Deutschland, denn Großbritannien (nicht mehr in der EU) hat schon Atombomben, genauso wie Frankreich, das in der EU ist und deshalb Deutschland eine „gemeinsame“ französisch-deutsche EU-Atombombe vorgeschlagen hat. Da kommt wieder das von Deutschland forcierte NATO-EU-Sky Shield-Projekt ins Spiel das zur Raketen-Abschreckung gegen Osten/Russland dienen soll – und dann im Falle des Falles eben auch mit „europäischen“ Atombomben bestückt werden könnte.

Entgegen dem Willen der Bevölkerung und der verfassungsgemäß verankerten immerwährenden Neutralität Österreichs wollen unsere Machthaber unser Land in die Sky Shield-Aufrüstung und Österreich so in künftige Kriege hineinziehen.

### Atomkraftwerke

Rund 400 AKWs gibt es weltweit. 100 davon stehen in Europa – das ist fast die Hälfte der AKWs (177) von 1989. Deshalb wollen im Namen von Klimaschutz und Energiewende trotz neuerlicher Erdbeben (Japan) und Erbebengefahr (Slowenien), die japanische, oder in Euro-

pa mit Hilfe der EU-„Green-Deal“-Kreditfinanzierung auch die slowenische, französische, polnische, italienische, schwedische oder tschechische Regierung AKWs wieder in Betrieb setzen oder neue AKWs bauen.

**Japan:** Beim jüngsten Erdbeben in Japan mit der Stärke 7,6 wurde vertuscht, dass das 65 km entfernten AKW Shika beschädigt wurde und dass im Atomkomplex von Fukushima, die nach dem Atomunfall von 2011 errichtete Tsunami-Schutzmauer jetzt schief steht und das Erdbeben stärker war als die Sicherheitsauslegung des AKWs

**Polen:** Regierungen wechseln, die Atommafia bleibt. So hat der neue Premier Tusk sogleich einen Atomvertrag mit Frankreich geschlossen.

**Schweden:** Die Sozialdemokraten (SP) peitschten im Mai 2022 noch als Kanzlerpartei und kurz vor den Parlamentswahlen das Beitritts-gesuch für einen NATO-Beitritt Schwedens durch – gemeinsam mit den oppositionellen Konservativen, Moderaten, Liberalen und den rechtsextremen Schwedendemokraten. Grüne und Linke waren dagegen. Der „Lohn“ war, dass die SP die Wahlen im September 2022 verlor. Mittlerweile ist eine konservative Regierung unter Beteiligung der Schwedendemokraten im Amt. Noch bevor der NATO-Beitritt auch formal vollzogen wurde (Ungarn blockiert noch) hat die konservative Regierung einen Sondervertrag mit den USA über die Stationierung von US-Soldaten an 15 Standorten in Schweden abgeschlossen. Die US-Soldaten unterstehen dem US-Recht, nicht dem schwedischen Recht, bilden also so etwas wie einen Staat im Staate. Aber nicht genug damit, dass Schweden so auch unter das atomare USA/NATO-Kommando kriecht, hob es das seit 2018 bestehende Verbot der Erkundung, des Abbaus und der Verarbeitung von Uran in Schweden auf und beschlossen den Bau von zehn neuen AKWs.

**Tschechien:** Das Land war zuletzt der viertgrößte Stromexporteur der EU. Die eigene Bevölkerung wird dem Atomrisiko vor allem für den Stromexport-Profit ausgesetzt. Dafür will die Regierung die Lebensdauer von AKWs sogar bis auf 60 Jahre verlängern und beide AKW-Standorte Temelin und Dukovany ausbauen. Der zum AKW-Betrieb nötige Kernbrennstoff wird ab diesem Jahr nicht mehr von Russland, sondern von der französischen Framatome und dem US-Atomkonzern Westinghouse geliefert. Tschechien kommt so vom Regen in die Traufe.

**Atom-Ratschläge aus den USA für Österreich:** Bevor das Mandat für John Kerry als „Klimaschutzbeauftragter“ der USA auslief, erteilte er auf der IEA-Konferenz Österreich noch Atom-Ratschläge. Schon auf der letzten COP28-Konferenz tat sich der frühere US-Außenminister als Atomlobbyist hervor. Um von der russischen Gas-

Abhängigkeit wegzukommen und den Klimawandel zu bewältigen, solle Österreich doch auf Atomkraft setzen. Eine doppelte und dreifache Heuchelei. Die USA beziehen selbst Atomtechnologie aus Russland, steht Rosatom auch nicht auf der US-Sanktionsliste und wollen die USA selbst ihre Atomtechnologie und Kernbrennstoffe verkaufen. Wie zum Beispiel das oben geschilderte Beispiel mit Westinghouse in Tschechien zeigt.

## Atombetreiber in Österreich

Auch bei uns lässt die Atomlobby nicht locker. So lud die Österreichische Nationalbank (ÖNB) im Jänner zum „Expertendialog zur Energiewende“, weil es „Neue Ansätze in der Kernkrafttechnologie“ gäbe. Der „neue Ansatz“ war eine Werbeveranstaltung für eine Grazer Privatfirma, die ohne konkrete Zahlen und Daten Mini-AKW's (SMRs) bauen und dafür 250 Millionen Euro bei Investoren einsammeln will. Protegiert wurde das schon im Vorjahr vom 3. Nationalratspräsidenten der FPÖ, Norbert Hofer, und jetzt vom FPÖ-nahen ÖNB-Gouverneur Robert Holzmann. Alles auf Steuerzahlerkosten und obwohl es in Österreich ein Atomwaffenverbot und AKW-Verbot in Verfassungsrang gibt. Zudem: AKW's teuer, gefährlich, kein Ausweg aus der Klimakatastrophe. (siehe: [www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2022/02/AUFRUF\\_FB\\_17-2-22\\_endf.pdf](http://www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2022/02/AUFRUF_FB_17-2-22_endf.pdf)).



## Kosten von Atomunfällen

Die volkswirtschaftlichen Schäden von Unfällen und Katastrophen in AKW's sind enorm. Seit den 1950er Jahren bis 2014 verursachten Atomunfälle – die größten waren Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) – Kosten von mehr als 500 Milliarden (Tagesschau, 11.3.2014). Allein für die „Beherrschung“ der Folgen des Super-Mega-GAU's in Fukushima steigen lt. japanischem Industrieminister Hiroshige Seko die Kosten künftig auf mehrere Milliarden Euro pro Jahr (TAZ, 15.10.2016). Ganz zu schweigen von den Kosten der künftigen 10.000de Jahre dauernden Lagerung des strahlenden Atommülls.

# Münchner Kriegskonferenz

Das seit Jahrzehnten jährlich als „Sicherheitskonferenz“ stattfindende Megatreffen von Politik, Militär Wirtschaft und Rüstungsindustrie aus der ganzen Welt in München ist in Wirklichkeit eine Konferenz der Kriegstreiber. Zur sog. „Atomwaffendebatte“ auf der Konferenz musste selbst der sonst stromlinienförmig stramm berichtende ORF-Journalist Andreas Pfeifer wortwörtlich in der ZIB 1 am 18. 2. 2024 feststellen: **„Ja, diese Debatten haben gezeigt, dass der Lauf der Welt nicht von Diplomaten, sondern eher von Kriegstreibern bestimmt wird.“**

Ganz unverblümt verkehrte der deutsche SP-Bundeskanzler Scholz Willi Brands Satz „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ ins Gegenteil indem er sagte: „Ohne Sicherheit ist alles nichts“ und somit für „Abschreckung“, also noch mehr Kriegsausrüstung eintrat. Denn wenn die Herrschenden von „Sicherheit“ reden, dann meinen sie Krieg. Folgerichtig verlangte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen noch mehr Geld aufzuteilen für noch mehr EU-Rüstung und die **„gezielte Schaffung einer europäischen Rüstungsindustrie mit guten Arbeitsplätzen“** (Kurier, 18.2.2024).

Wie gerufen kam da, dass am 9. Feruar in Deutschland das SPD-Wirtschaftsforum, die IG Metall und der Bundesverbands der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), ein gemeinsames Positionspapier zu **„Industriepolitischen Leitlinien und Instrumenten für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“** vorstellten. Damit ist **„eine neue Gemeinschaft deutscher Kriegspolitik mit der Superprofite witternden Rüstungsindustrie und der größten Industriegewerkschaft der Welt, der IG Metall, entstanden ... Der »Burgfrieden« der SPD-gelenkten Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg war im Vergleich dazu dürftig.“** (Junge Welt 9.2.2024)

Aber wir brauchen nicht lange nach Deutschland schauen. Von der Leyen kann sich auch über Österreich freuen. Die gerade um 1,8 Milliarden Euro bestellten 225 Pandur-Panzer für das Bundesheer schaffen laut Medien „gute Arbeitsplätze“ in Österreich. Hauptgewinner ist aber die GDELS-Steyr (General Dynamics European Land Systems), ein Unternehmen von General Dynamics, einem der weltweit größten US-Rüstungskonzerne.

Das sollen „gute Arbeitsplätze sein? Arbeitsplätze für Krieg und Totschlag sind das. Das wird den arbeitenden Menschen auf den Kopf fallen. „Sichere Arbeitsplätze“ in der Rüstungsindustrie bis 2032 jubelt der Chef von GDELS. Und dann? Noch mehr Panzer und Rüstung. Und dann? – Krieg! „Arbeitsplatz“ Schlachtfeld! Das Geld wird für Zerstörung und Tod verpulvert statt für Bildung und Soziales eingesetzt. Die Panzer-Besteller und PanzerHerstellerbosse profitieren und machen sich dann aus den Staub. Das Fußvolk darf jetzt für die Profite der Bonzen und Bosse „sicher“ arbeiten, wird dann aber sicher für die Kriegsprofite der Oberen sterben geschick werden – wenn wir uns nicht schon jetzt wehren.



# *Solidarität*

## *unsere Chance*

**Gewerkschafter:innen**  
*gegen Atomenergie und Krieg*  
ggae@gmx.at \* atomgegner.at

**ÖSTERREICHISCHES  
SOLIDARITÄTSKOMITEE**  
Plattform pro Sozialversicherung  
oesolkom@gmx.at \* prosv.at

---

Nummer 1 \*

[solidaritaet@gmx.at](mailto:solidaritaet@gmx.at)

\*

Februar 2024

---